

## **Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 13.12.2022**

---

### **Öffentlicher Teil**

**TOP ..      Konzept zur Versorgung von Menschen mit einer psychischen Störung in  
Hagen, die von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht sind**

**0955/2022  
Entscheidung  
ungeändert beschlossen**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Schmidt stellt die Vorlage vor.

Er weist darauf hin, dass diese noch nicht abschließend sei. Es handele sich um ein komplexes Thema. Im März 2020 habe man über dieses Thema diskutiert. Seinerzeit sei man gebeten worden, eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten. Das habe aus personellen Gründen länger gedauert. Der Fachbereich Integration, Zuwanderung und Wohnraumsicherung werde noch eine umfassendere Vorlage vorstellen. Man habe sich dazu entschlossen, den Teil, der die Menschen mit einer psychischen Störung betreffe, gesondert vorzustellen, da es sich bei dieser Personengruppe um eine sehr wichtige Zielgruppe handele.

Frau Engelhardt fragt, ob diese Planstelle für 2023 vorgesehen sei.

Herr Schmidt antwortet, dass die Stelle eingeplant würde, wenn der Ausschuss heute einen entsprechenden Beschluss fassen würde.

Frau Sauerwein weist darauf hin, dass der Vorlage zu entnehmen sei, dass das Krankheitsbild bei diesen Menschen in der Regel 6,5 Jahre vor der Wohnungslosigkeit einsetze und dass man gern präventiv arbeiten wolle. Sie fragt, wie diese Prävention aussehen solle. Wie könne man diese Menschen erreichen? Sollten sich Vermieter oder Nachbarn diesbezüglich melden?

Herr Schmidt macht deutlich, dass das die typische Tätigkeit der Verwaltung in dem Bereich sei. Er habe den Eindruck, dass sich die Wohnungsgesellschaften früher eher gemeldet hätten. Das sei so nicht mehr unbedingt der Fall. Es könne daran liegen, dass eine große Erwartungshaltung da sei, dass alle Probleme gelöst würden. Oft gelänge das nicht in der Art und Weise, wie sich der Wohnungsgeber das vorstelle. Es sei sicher ein Weg, mit den Wohnungsgesellschaften ins Gespräch zu kommen und frühzeitig zu intervenieren.

Herr Krawinkel teilt im Namen der freien Wohlfahrtspflege mit, dass man diese Vorlage sehr gut finde. Es handele sich ja um einen längeren Prozess, der noch andauere. Es seien wesentliche Herausforderungen benannt. Die Hilfe sei niederschwellig angelegt. Es gehe um Bereitstellung von Wohnraum. Man wolle darauf hinweisen, dass es mit

Einrichtung der Stelle auch eine Zusammenführung von zwei Dingen gehe. Das sei zum einen die Unterbringung und zum anderen die Betreuung, Beratung und Begleitung. Man wolle an dieser Stelle darauf hinweisen, wie freie Träger mit einbezogen werden könnten. Es stelle sich die Frage, ob es nicht auch eine Möglichkeit wäre, die bestehenden Strukturen im Bereich der Wohnungslosenhilfe anders mit einzubeziehen und Geld an den betreffenden freien Träger weiterzuleiten, damit dieser einen Teil der Stelle übernehmen könnte. Damit könne man das Zusammenspiel zwischen kommunaler Versorgung und freier Wohlfahrtspflege sicherstellen.

Herr Schmidt macht deutlich, dass die Zusammenarbeit mit den Verbänden, die in dem Bereich tätig seien, ein wesentlicher Punkt sei.

Frau Soddemann ergänzt, dass man darauf hingewiesen habe, dass es möglichst zeitnah eine umfassendere Vorlage geben werde. Es sei bereits angekündigt, dass das kein einfaches, sondern ein komplexes Thema sei. Hier sei der Fachbereich 56 federführend. Sie bitte um ein wenig Geduld und Verständnis, da man für die Fertigstellung der Vorlage etwas mehr Zeit benötige.

### **Beschluss:**

Dem Konzept des Fachbereichs Gesundheit und Verbraucherschutz wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	2		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
AfD	-		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

☒ Einstimmig beschlossen

Dafür: 13  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

**Hinweis der Schriftführung:** Herr Dr. Krauß-Hoffmann (CDU-Fraktion) war während der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.